

14. MRZ



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/61 - 14. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 16 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Eine Woche Genf

39

Auch "Verfahrensfragen" sind schon handfeste Politik

2

Den Spürner nicht standgehalten

31

DP-Schneider wird wieder "selbständig"

3 - 4

Überstürzte Neuwahlen in Frankreich?

95

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

5 - 6

Atomtests

102

Wie wird atomare Verseuchung bei uns kontrolliert?

Ergebnis einer Expertentagung

Von Karl Meyer

* * *

* *

Eine Woche Genf

Auch "Verfahrensfragen" sind schon handfeste Politik

sp - Wenn zu Beginn grosser internationaler Konferenzen die Welt-
presse behauptet, die Konferenzteilnehmer hätten zunächst nur über Ver-
fahrensfragen geredet, darf man mit Sicherheit vermuten, dass bereits
über ganz handfeste politische Probleme gesprochen wird. Das Wort "Ver-
fahrensfragen" ist nur die diplomatische Umschreibung einer Situation,
in der die Experten aller Konferenz-Delegationen bereits Vorschläge zur
Lösung dieser oder jener Frage vorgelegt haben.

So ist es diesmal auch in Genf. Man spricht zwar von Beginn einer
Abrüstungskonferenz, weiss jedoch sehr wohl, dass die Berlinfrage, das
Deutschlandproblem, die Laos-Krise und sogar - wieder einmal - Korea zur
Debatte stehen. Will man das Abrüstungsthema näher umschreiben, so muss
man sich darüber klar sein, dass hierbei der Rapacki-Plan zur Erricht-
ung atomwaffenfreier Zonen, das internationale Kontrollsystem für eine
mögliche Abrüstung und damit wieder auch - auf Umwegen - das Deutsch-
landproblem auf der Tagesordnung bleibt.

Bei diesem Knäuel, der zu entwirren wäre, ist es nicht verwunder-
lich, dass die Routiniers internationaler Konferenzen meinen, man solle
nicht gleich die ganze Welt befrieden wollen, sondern erst einmal an
den Versuch zur Lösung von Teilproblemen herangehen.

Die Genfer Abrüstungskonferenz soll der UNO bis zum 1. Juni 1962
einen Bericht über den Verlauf ihrer Arbeiten vorlegen. Interessant ist
aber, dass man sowohl in Washington wie auch in Moskau die Möglichkeit
einer Konferenz der Regierungschefs vor diesem Datum nicht aus-
schliesst. Auf beiden Seiten hat man sich auf alle Eventualitäten
eingelernt. In Genf ist es kein Geheimnis geblieben, dass Ost und
West sowohl im Falle des drohenden Scheiterns der Abrüstungskonferenz,
wie auch bei möglichen Erfolgen bereit wären, die Regierungschefs ent-
weder nach Genf oder an einen anderen Ort zu schicken. Vor dem drohen-
den Scheitern wäre dies dann der Versuch, ein zum sowjetischen Male
schon festgefahreneres Schiff wieder flott zu machen; im Falle eines Er-
folges, oder auch nur Teilerfolges, die Zusammenkunft von Staatsmännern,
die sich dann beglückwünschen könnten, dass doch etwas erreicht wurde.

Zweifellos hat sich der Westen diesmal darauf vorbereitet, Genf
nicht zum Ort der Propagandaschau für Ostblock-Ideen werden zu
lassen. Das ist gut; auch für uns. Fortschritte in der Entspannungspoli-
tik zwischen Ost und West, sowie bei dem Versuch, der Lösung des Deutsch-
land- und damit des Berlinproblems näherzukommen, wird es erst geben,
wenn alle die Schwierigkeiten, die sich angehäuft haben, jenseits jeder
Propaganda besprochen werden können.

Den Stürmen nicht standgehalten

sp - In Bremen hat der bisherige Co-Präsident der Gesamtdeutschen Partei und frühere Fraktionsvorsitzende der Deutschen Partei im Bundestag nunmehr - mindestens für sich - die Konsequenz aus einem nach seiner Auffassung verfehlten Experiment gezogen. Herr Schneider machte sich selbständig und bleibt mit 13 früheren DP-Mitgliedern als eigene Fraktion in der Bremer Bürgerschaft. Nun sagt man zwar, in Bremen hätten persönliche Gründe bei dieser Entscheidung des Herrn Schneider eine grosse Rolle gespielt, zumal die GDP von Bremerhaven schon seit langem den persönlichen Führungsanspruch Schneiders in der fusionierten Partei bestreitet.

Uns scheint jedoch, dass der Trennstrich, den Herr Schneider jetzt von der ihm selbst mitbegründeten aus BHE und DP gebildeten Gesamtdeutschen Partei zog, ein Symptom für den Trend der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik überhaupt ist. Bei den am vergangenen Sonntag in Schleswig-Holstein durchgeführten Kommunalwahlen hat die Gesamtdeutsche Partei eine schwere Niederlage erlitten. Ihre politische Bedeutung ist geringer geworden als es die der früheren DP und des BHE zusammen war. Man könnte daraus schliessen, dass möglicherweise zwar noch für einen BHE gewisse Chancen bestünden, kaum jedoch für eine rechtskonservative Partei, zu der sich als ehemaliger DP-Vorsitzender Herr Schneider immer noch bekennt. Das künstlich und mit vielen schönen Worten zustandegekommene Zweckbündnis dieser Parteien hat den realen politischen Gegebenheiten nicht standgehalten, es fällt nach den ersten Stürmen auseinander.

Hier zeigt sich, wie wenig Parteigeilde zu existieren imstande sind, deren Existenz nicht einer zwingenden gesellschafts- oder wirtschaftspolitischen Notwendigkeit entspricht. Sie bleiben vorübergehende Erscheinungen, tragen gelegentlich zur Belebung der politischen Auseinandersetzungen im demokratischen Staat bei, finden jedoch nur dort ein Wirkungsfeld, wo sie in Bündnis mit grossen, aus der Geschichte einer Nation gewachsenen, politischen Gruppen aktiv werden können.

Überstürzte Neuwahlen in Frankreich?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Der Algerienkrieg ist noch nicht beendet; im Gegenteil, die Zeit von der Feuertinstellung bis zur algerischen Volksabstimmung bringt zunächst noch eine Steigerung des rechtsradikalen Terrors und der Bürgerkriegshandlungen nicht nur in Algerien, sondern auch in Frankreich. Demnach bereiten sich die politischen Parteien in diesen Tagen in ganz Frankreich auf Neuwahlen vor, wie in tiefstem Bürgerfrieden und nicht viel anders als in den vergangenen Jahren der Dritten oder Vierten Republik.

Wahlkämpfe im Zeichen des Waffenstillstandes

Die Wahlkampagne hat faktisch begonnen, denn man rechnet mit Neuwahlen schon im Mai. Thema der Kampagne ist selbstverständlich Algerien, mit anderen Worten: Frieden und Demokratie.

"Wir haben durch zähe Verhandlungen mit der FLN dem Algerienkrieg ein Ende gesetzt und dabei für Frankreich noch wesentliche Garantien herausgeschlagen", behauptet jetzt schon die gaullistische Regierungspartei UNR und hofft damit wieder einen Grossteil der Mittalklassen zu gewinnen. Die Gaullisten geben seit kurzem zum ersten Mal in Paris eine Tageszeitung heraus, die wahrscheinlich die Wahlzeit nicht überleben wird: "La Nation".

"Wir haben zur Verwirklichung des Waffenstillstandes wesentlich beigetragen", betonen die katholischen Volkerepublikaner (MRP), deren Minister Bureau in Rousses und Evian aktiv an den Schlussverhandlungen mit der FLN teilnahm.

"Die Regierung tut in Wirklichkeit nur das, was wir schon 1956 gefordert und begonnen hatten, sie realisierte unter dem Druck der demokratischen Linken den vom ganzen Volk geforderten Frieden", unterstreicht die SFIO. Die Sozialistische Partei startet ihre Wahlkampagne mit einem neuesten technischen Mittel: sie verbreitet ihre Argumente auf einer überall erhältlichlichen Schallplatte.

"Frieden in Algerien war unsere Parole von Anfang an", trommeln die Kommunisten und setzen sich nach mehreren Jahren relativer Passivität wieder in Bewegung, aufgepuscht durch die CAS-Bomben.

Die Rechtsparteien sind bei all dem bis jetzt in Hintertreffen. Der neofaschistische Terror und die zweideutige Haltung der konservativen Abgeordneten haben dem Ansehen der Rechtsbürgerlichen zweifellos geschadet. Freilich muss man die nächsten Auswirkungen des algerischen "Waffenstillstandes" abwarten.

Kraftprobe zwischen Gaullisten und Linksparteien

Voraussichtlich wird der Wahlkampf vor allem zwischen der Linken und den Gaullisten ausgetragen; die einen wie die anderen bemühen sich, die Beendigung des Algerienkrieges für sich in Anspruch zu nehmen. General de Gaulle wird in der angekündigten Volksabstimmung über den Algerienfrieden zweifellos wieder die erdrückende Mehrheit der Franzosen für sich haben, denn die Linksparteien werden ihm ebenso zustimmen wie die Mittelparteien und selbst ein Grossteil der Konservativen. Dieses persönliche Prestige besagt aber noch nichts über den Ausgang der geplanten Parlamentswahlen.

Die Chancen der gaullistischen Partei sind in den letzten Jahren eindeutig gesunken. Teil- und Fachwahlen zeigten, dass sich die UNR im Rückgang befindet und dass die Linksparteien wieder vorstossen. Gerade in den letzten Wochen hatte die UNR einige empfindliche Wahlniederlagen einzustecken, die ihr von den demokratischen Linke- und Mittelparteien zugefügt wurden, interessanterweise mit Unterstützung der Kommunisten, die sich der Stimme enthielten. In anderen Fällen eroberten die Kommunisten Gemeindeverwaltungen durch ein gemeinsames Vorgehen mit den Linksozialisten.

Damit kommen wir überhaupt zu dem wichtigsten Aspekt der kommenden Wahlen: die Möglichkeit einer faktischen Linksfrente oder "Volksfront", von der Kommunisten über die Sozialisten bis zu den demokratischen Mittelgruppen.

In den letzten Wahlen (1958) hatten die Linksparteien in der meisten Fällen jedes gemeinsame Vorgehen abgelehnt. So konnten, aufgrund des neuen Wahlrechtes, Rechtsparteien und Gaullisten durch gegenseitige Unterstützung die erdrückende Mehrheit in der neuen Nationalversammlung erobern, während die Linksparteien in den meisten Wahlkreisen geschlagen wurden.

Linksruck als Folge des OAS-Terrors

Die Zusammensetzung des gegenwärtigen Parlaments steht daher in krassem Widerspruch zur wirklichen Volksmeinung, die sich ausserdem in den letzten vier Jahren weit nach links entwickelt hat. Ein Linksruck wird also auf alle Fälle eintreten. Wie weit er geht, hängt davon ab, ob die Linksparteien diesmal tatsächlich - mit oder ohne formelle Abkommen - gemeinsam vorgehen, etwa wie die Rechtsbürgerlichen und Gaullisten im Jahr 1958.

Bis jetzt stemmten sich zentrale Parteiführungen noch gegen eventuelle Wahlbündnisse der Linken. Der OAS-Terror lässt aber heute viele Dinge anders erscheinen als gestern. In zahlreichen Orten der französischen Provinz ist die Einheitsfront gegen den Neofaschismus und seine Komplizen heute "militärisch" (Aufstellung von Milizen zum Schutz der Gewerkschaftshäuser, Arbeiterheime, Studentenheime und bestimmter Persönlichkeiten) und auch wahlpolitisch längst verwirklicht und reicht oft von den Sozialisten über Kommunisten bis zu den "Linksgaullisten", wobei häufig an Traditionen und persönliche Bindungen der alten Widerstandsbewegung angeknüpft wird.

Man mag über die Chancen und Gefahren dieser Neuauflage der französischen "Volksfront" denken wie man will, Salan und seine OAS, die angeblich "Vorkämpfer" gegen den Kommunismus, haben die französischen Kommunisten (20 bis 25 Prozent der Wählerschaft) wieder salonfähig gemacht.

Ein letztes typisches Beispiel für diese Entwicklung: der mörderische Anschlag der OAS in Issy-les-Moulineux, der Stadt der sozialistischen Parteitage, war wohl theoretisch gegen die prokommunistische "Friedensbewegung" gerichtet, tötete aber faktisch zwei Polizeibeamte und den Angestellten eines katholischen Seminars, verstümmelte oder verwundete fünfzig Bürgerinnen und Bürger dieses südlichen Pariser Vorortes. Als natürliche Folge davon setzten sich unmittelbar danach Franzosen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen in Bewegung, vor allem natürlich die Angehörigen der Gewerkschaften und der Linksparteien.

Ob man es will oder nicht, die Tatsache ist unbestreitbar: unter dem Ägel der OAS-Bomben marschiert Frankreich heute nach links. Wie weit diese Entwicklung geht, das werden die nächsten Wochen und Monate zeigen.

Atomtests

Von Karl Meyer

Es ist gesagt worden, dass über Nowaja Semlja im vergangenen Herbst rund fünfzig Atomexplosionen ausgelöst wurden, darunter einige im Megatonnenformat. Die Verseuchung der Atmosphäre, so erklärten amerikanische Experten, sei nicht ganz so hoch gewesen, wie angesichts der grossen Zahl der Versuche zu erwarten stand. Sie reichte aber aus, um damals die Menschheit in Erregung zu versetzen.

In übrigen haben im Zeichen der arktischen Insel Entwicklungen begonnen, die wir nicht übersehen sollten. "Auch so hässliche Dinge", sagte kürzlich der Bodenchemiker Keppel von der Forschungsanstalt Völkensrode, "haben ihre positiven Seiten". Er sagte es im Vorlauf einer informativen Tagung über aktuelle Fragen der Umweltradioaktivität, wozu die Pressestelle des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten interessierte Stellen der Fachpublizistik eingeladen hatte.

Die Ereignisse von Nowaja Semlja haben Folgen gehabt, positive und negative, und sie werden - darüber müssen wir uns klar sein - noch ein Nachspiel unangenehmer Art haben. Alle Sprecher der Tagung waren sich darin einig, dass wir auf ein neues Ansteigen der Radioaktivität, wahrscheinlich im April, werden gefasst sein müssen.

Dr. Hinzpeter vom Deutschen Wetterdienst setzte die meteorologischen Gründe dafür auseinander. Im April pflegen Veränderungen in der oberen Troposphäre stattzufinden (Strahlströme), deren Folge das Absinken hochgelegener Luftmassen ist. Gerade in diesen Schichten aber halten sich jene Spaltprodukte feiner und feinsten Art auf, denen der Fachmann eine "lange Verweilzeit" zuschreibt. Es ist nicht gesagt, dass es sich dabei nur um Verseuchungen handelt, die über Nowaja Semlja entstanden sind, denn in so grossen Höhen - 40 bis 50 km über der Erde - wandern Spaltprodukte auch aus früherer Testserien, vielleicht Jahre zurückliegend, ständig um die Erde.

Regnet der Tod vom Himmel ?

"Der Tod regnet vom Himmel", - so hiess es hier und dort, als die ersten Nachrichten über Nowaja Semlja eintrafen. Nur, der Tod regnet nicht vom Himmel, und er wird es auch im April nicht tun. Aber wir müssen auf der Hut sein und wir dürfen uns nichts vormachen. Unangenehme Wahrheiten müssen ausgesprochen werden und hier wurden sie ausgesprochen.

Was kann etwa der Bauer tun, um Schaden von sich und von anderen abzuwenden? Er sollte sich vielleicht in der kritischen Zeit täglich die Meldungen über die Radioaktivität ansehen, die jetzt überall zu haben sind - im Rundfunk und in den Tageszeitungen. Das heisst, nicht einmal das muss er unbedingt tun. Denn wenn die Situation wirklich kritisch werden sollte, so werden es die zuständigen Dienststellen und Behörden nicht an Hinweisen und Warnungen fehlen lassen.

Man kann vom Bauern, man kann vom Nichtfachmann einfach nicht verlangen, dass er auf eigene Faust entscheiden möge, ob die Lage bei roundsoviel Piccurie Strahlung in der Luft bedenklich ist oder nicht. Dafür sind Fachleute da. Die Fachleute werden ihre Behörden unterrichten und die Behörden werden sich melden.

Das Schlirmete, was in diesem Zusammenhang geschehen könnte, wäre vielleicht: es müsste hier und dort die Frage überprüft werden, ob das

Vieh von der Weide heruntergeholt und auf Stallfütterung gestellt werden soll. Denn das ist eindeutig klar und wurde auch im Verlauf der Bonner Begegnung von Professor Kroop (Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft) ausgesprochen: Stallfütterung ergibt wesentlich geringere Strontium-Beimengungen als Weidefütterung! "Ich glaube", sagte Kroop im Hinblick auf das bevorstehende Frühjahr, "dass wir mit einer Erhöhung der Radioaktivität zu rechnen haben, aber sie wird nicht an die maximal zulässigen Grenzwerte herankommen".

Erhöhte Wachsamkeit

Die Unruhe von Nowaja Semlja hat auch ihre positiven Seiten gehabt. Seit dem 28. November haben wir in Deutschland die tägliche Meldung über Radioaktivität in der Luft. Ferner: die Innenminister der einzelnen Länder haben sich über Möglichkeiten und Aufgaben beraten, die ein besonderes, noch zu schaffendes Warnsystem haben müsste, das nicht zugunsten eines Berufs oder eines Wirtschaftszweiges, sondern für die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung aufgebaut werden soll. Wir haben schon jetzt ein grosses und dicht gespanntes Netz von Beobachtungsstellen für Radioaktivität, wo immer sie auftreten mag, - auf dem Boden, im Wasser oder in der Luft. Darüber hinaus werden regelmässig auch Lebensmittelproben aller Art auf Strahlung untersucht. Solche Proben werden dort, wo auch das Publikum kauft, also in Läden, in Kaufhäusern und auf Wochenmärkten (natürlich ohne dass der Verkäufer den Zweck dieser Käufe erfährt) zusammengeholt. Die Methoden, nach denen gemessen, und die Geräte, mit denen gemessen wird, sind international abgestimmt. Es ist kein Zweifel, dass die Aufmerksamkeit dieser Kontrollstellen durch den Nowaja-Semlja-Alarm geschärft wurde.

Zu den erfreulichsten Informationen, die auf der Bonner Tagung zu hören waren, gehört die Mitteilung, dass die Fischfänge, die damals aus der Barents-See (das Meer westlich der Insel) heimgebracht wurden, zunächst einmal angehalten und einer verschärften Kontrolle unterworfen waren. Es wurde mitgeteilt - Ausführungen des Physikers Feldt von der Bundesforschungsanstalt für Fischerei -, dass sich keine Tille ernster Bestandsrückgang ergaben. Eine bedeutende Reederei hat sich damals entschlossen, ihre Fangschiffe möglichst bald mit hochempfindlichen Messgeräten auszurüsten, so dass radioaktive Fänge gleich an Ort und Stelle zu erkennen sind. - Im Verlauf der Tagung gab es Milch zu sehen (und zu probieren), die aus strahlensicher aufbewahrten Vorräten "komponiert" war, nämlich aus Magermilchpulver, einwandfreiem Trinkwasser und tiefgekühlter Sahne. Das Ergebnis wurde positiv bewertet.

"Knochensucher Strontium"

Hier geht es schon um den praktischen Teil der Dinge, von denen die Ministerin Schwarzhaupt sprach, als sie kürzlich ausgehend von einer Anfrage der SPD-Fraktion den Bundestag über Pläne und Absichten der Bundesregierung unterrichtete.

Zweifellos wird bei der weiteren Entwicklung auch auf die Ergebnisse der Studien und Experimente zurückgegriffen werden, die - nicht erst seit Nowaja Semlja - in der Bundesforschungsanstalt für Lebensmittel-Erhaltung betrieben werden. Auch diese Anstalt war auf der Tagung durch einen Sprecher vertreten. Aus den zahlreichen Statistiken, die Dr. Kirsten vorführte, ergab sich eindeutig, dass die Milch in der Rangliste der Anfalligkeit an der Spitze steht, vor allem im Hinblick auf den "Knochensucher Strontium" - womit wir wiederum einen neuen und notwendigen, wenn auch nicht besonders sympathischen Ausdruck aus dem Jargon des Zeitalters kennenlernten.